

Der Schweiz geht es heute besser, weil sie nicht Mitglied der EU ist. Die Masslosigkeit bei der Zuwanderung brachte es aber mit sich, dass diese – wie das auch die ETH-Studie 2012 wieder bestätigt – den einzelnen Menschen im Land praktisch keinen Nutzen eintrug. Und die Produktivitätsentwicklung wurde negativ beeinflusst. Das ist gefährlich. Diese Zuwanderer werden bleiben, auch wenn sie arbeitslos sind.

Warum?

Weil ein EU-Ausländer hier schon nach lediglich einem Monat Arbeit bei Arbeitslosigkeit die weit über dem Ausland liegenden Leistungen unserer Sozialwerke beanspruchen kann. Und diese Regelung wird sich von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar machen.

Aber die Personenfreizügigkeit brachte reale Wohlstandsgewinne, das können Sie nicht bestreiten.

Für den einzelnen Menschen kaum – nur für das gesamte Bruttoinlandprodukt. Die notwendigen Arbeitskräfte hätten wir auch ohne Freizügigkeit bekommen.

Nützt es nichts, so schadet es nichts.

Doch! Allmählich realisieren die Leute, dass sie mit der Personenfreizügigkeit nicht reicher, sondern schlussendlich ärmer werden. Die Wirtschaft legt zu, aber der Nutzen für den Einzelnen wird kleiner. Das ist keine gute Wirtschaftspolitik. Grossbritanniens Premierminister David Cameron spricht mit Blick auf die Personenfreizügigkeit bereits von «Sozialtourismus».

Sie dramatisieren. Die Wirtschaft stellt doch nicht einfach beliebig Leute an. Die Wirtschaft ist sparsam und letztlich ein gutes Kontrollinstrument gegen ungebremste Zuwanderung.

Die Wirtschaft war immer auf gute Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen und erhielt diese auch vor der Personenfreizügigkeit mit der EU! Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit. Auch damals drohte die Zuwanderung zu überborden. Deshalb erliessen die damals weitblickenden Industriellen Begrenzungen, die der Bundesrat 1965 für das ganze Land in Kraft setzte. Diese Begrenzungen (Restriktionen beim Familiennachzug, Aufenthaltsdauer, Höchstzahlen in Boomjahren, Vorrang der Schweizer) wurden ab 2007 ausser Kraft gesetzt. Mit erneutem Beginn des freien Personenverkehrs wurde die Begrenzung aufgehoben.

Dies müsste sich doch aber schon heute in den Rechnungen niederschlagen.

Das tut es bereits. Die Katastrophe wird aber noch folgen. Bereits heute, nach fünf Jahren freiem Personenverkehr, steigen

die Sozial- und Fürsorgeausgaben bedenklich an. Bei einem Ausländeranteil von 23,3 Prozent liegt der Anteil der Ausländer bei den Arbeitslosen Ende 2013 bei rund 45 Prozent; der Ausländeranteil bei den IV-Rentnern bei 46 Prozent, bei den Sozialhilfebezüglern bei 45 Prozent. Für die Arbeitslosenversicherung mussten wir bereits die Beiträge erhöhen, obwohl Hochkonjunktur herrscht. Die Zuwanderung ist masslos, und diese Masslosigkeit schadet.

Wieso waren Sie denn damals für die Einführung der Personenfreizügigkeit? Sie haben als Bundesrat gesagt, man müsse dieses Experiment wagen.

Ich war von allem Anfang an gegen die Personenfreizügigkeit. Dann musste ich gegen meine Meinung den Gesamtbundesrat vertreten. Übrigens hat das Volk damals zugestimmt, weil der Bundesrat versprochen hat, es würden nicht mehr als 8000 Personen (Einwanderer minus Auswanderer) zuwandern. Seit der Öffnung 2007 kommen jedes Jahr 80 000, also zehnmal mehr!

Was ist Ihr Worst-Case-Szenario, wenn die Zuwanderung weitergeht wie bisher?

Spätestens in der nächsten Rezession, die bestimmt kommt, werden wir eine enorme Arbeitslosigkeit bekommen, und zwar nicht

«Bis in die sechziger Jahre hatte die Schweiz die Personenfreizügigkeit.»

nur bei Ausländern, sondern auch bei Schweizern, dort namentlich bei den über Fünfzigjährigen. Diese werden ersetzt werden durch neue, billigere, junge Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das wird zu grossen sozialen Spannungen führen. Handeln muss man vorher. Also jetzt.

In der Krise wird die Zuwanderung doch zurückgehen.

Gemäss unserer Volksinitiative gilt wie vor der Einführung der Personenfreizügigkeit der Grundsatz des Vorrangs des Schweizer. Heute gilt der Vorrang der Europäer. Sogar in den Krisenjahren 2009/2010 sind fast 70 000 Personen mehr ein- als ausgewandert. Die Schweiz wird auch in der Rezession attraktiv bleiben, weil das Wohlstandsgefälle gegenüber der EU so gross ist.

Alle Ihre Gegner behaupten vehement das Gegenteil, FDP, CVP, die grossen Wirtschaftsverbände, sogar viele Unternehmer. Sie sagen: «Ohne Stelle kommt niemand in die Schweiz.» Alles Geisterfahrer?

Gemäss Abkommen mit der EU kann jeder ohne Stelle einwandern, um eine Stelle zu suchen. Jeder kann einreisen und sich bis zu sechs Monate lang nach einer Stelle umsehen. Findet der EU-Bürger eine Stelle und verliert diese nach wenigen Monaten, kommt er in

die Arbeitslosenversicherung, und die Schweiz ist während mindestens fünf Jahren sozial- und fürsorgepflichtig. Ich verstehe, dass man als Manager für die Personenfreizügigkeit sein kann. Aber weitblickend ist das nicht. Der Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Wohlfahrt bleibt, und darf nicht einfach Wachstum fördern.

Nun will die SVP zurück zu einem System der Kontingente. Ausgerechnet die staats-skeptische SVP verlangt, dass staatliche Bürokraten den Arbeitsmarkt steuern. Das birgt ausserdem ein enormes Risiko der Politisierung. Beispiel: Ein Unternehmen will einen Genforscher, doch die Politik findet Genforschung schlecht und verbietet die Einreise, stattdessen dürfen Legionen von Solarenergie-Experten einreisen.

Die SVP ist für ein freiheitliches System. Aber wie Friedman betont, kann man Personen nicht dem freien Handel unterstellen. Die Volksinitiative empfiehlt ein Beschränkungssystem, das bis 2007 einigermaßen funktionierte. Seit der Personenfreizügigkeit wird zudem eine grosse Stärke der Schweizer Wirtschaft – nämlich der freie Arbeitsmarkt – mit den flankierenden Massnahmen zunehmend unterwandert.

Mit einer Bürokratie der Kontingente soll alles besser werden?

Die Bürokratie wird kleiner. Dieses Beschränkungssystem gilt übrigens heute in der Schweiz auch gegenüber allen Arbeitskräften von ausserhalb der EU. Es funktioniert gut, wie mir neulich auch Vertreter der Pharmaindustrie, die viele Hochqualifizierte aus Amerika und Asien braucht, bestätigt haben. Natürlich muss es sinnvoll gehandhabt werden. Die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung gibt dem Staat die Möglichkeit, es für die Schweiz richtig zu machen.

Wollen Sie die Zuwanderung auf null setzen?

Nein. Aber in schlechten Jahren dürfte es nach der Annahme der Volksinitiative dazu kommen. Das ist auch gut so. Die Zuwanderung dürfte auch einmal negativ sein. Die SVP verlangt, dass der Bundesrat den betreffenden Vertrag mit der EU neu aushandelt, weil wir uns zu viel zugemutet haben.

Die Amerikaner haben es geschafft, die Personenfreizügigkeit zu meistern. Sie drücken bei den illegalen Mexikanern beide Augen zu, alle Hochqualifizierten bekommen Arbeitsbewilligungen, gleichzeitig hat man einen schwachen Sozialstaat. Warum soll sich die Schweiz nicht amerikanisieren?

Sie glauben doch nicht, dass man in der Schweiz viel kleinere und kürzere Arbeitslosenentschädigungen, schlechtere Krankenkassen, eine schlechtere IV, eine kleinere AHV et cetera, et cetera einführt beziehungsweise die zweite Säule und die Fürsorge-